

Frauen- und Geschlechterforschung in der Universitätsentwicklung zwischen Anspruch und Wirklichkeit

HEIKE KAHLERT

Einleitung

Feministische Bewegungen in der Wissenschaft zielen auf die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Geschlechter sowie die (Weiter-)Entwicklung und Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung¹ (im Folgenden: FGF) in allen Disziplinen. Dafür bedient sich die Gleichstellungspolitik der Doppelstrategie von personenbezogenen besonderen Aktionen zugunsten von Frauen und der organisationsbezogenen Strategie des Gender Mainstreaming, die alle hochschulischen Handlungsfelder erfasst. Demgegenüber zielt die FGF auf die Transformation von Wissenschaftsinhalten, Erkenntnisweisen und Produktionsformen. Gleichstellungspolitik und FGF stehen in einem engen, wenn auch spannungsreichen Zusammenhang zueinander (z. B. Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur 1994; Lüdtkke/Runge/Koreuber 2005; Kahlert 2017).

Welche Bedeutung kommt der FGF in der Hochschulentwicklung zu? Und welche Rolle spielt dabei die Gleichstellungspolitik? Diese Fragen stehen im Fokus dieses Beitrags, der auf ausgewählten Ergebnissen von Fallstudien an deutschen Universitäten im Zuge der Einführung von New Public Management und der neuen Governance in der Wissenschaft basiert.² Besonderes Augenmerk richtet sich dabei auf die (Ent-)Kopplung von Anspruch (talk) und Wirklichkeit (action) sowie von Gleichstellungspolitik und FGF. Vorangestellt sind Ausführungen zum methodischen Vorgehen in der Untersuchung, zu deren konzeptionellem Rahmen und zum Forschungsstand.

Forschungsstand

Im internationalen Vergleich ist die Gleichstellungspolitik in Deutschland seit den 1980er-Jahren relativ gut verankert und mit entsprechenden Ressourcen versehen (Weber 2017; Erbe 2022). Angesichts umfassender Anstrengungen zur Reform des Wissenschaftssystems, die im nächsten Abschnitt umrissen werden, erfährt sie seit den späten 2000er Jahren eine bemerkenswerte Aufwertung. Dies ist wesentlich den Tatsachen zu verdanken, dass internationale Begutachtungen verdeutlicht hatten, wie rückständig Hochschule und Forschung in Deutschland hinsichtlich der Gleichstellung sind, und dass diese Kritik in der Wissenschaftspolitik und mittelbar angesichts politischen Drucks auch in wissenschaftlichen Organisationen auf Resonanz traf (Kahlert 2023).

Die Forschungen zur Gleichstellungspolitik im Wissenschaftssystem konzentrieren sich vornehmlich auf politische Modelle und Instrumente sowie numerisch mess-

bare (Miss-)Erfolge in Bezug auf Veränderungen der Geschlechterproportionen und jüngst auch anderer Differenzen, kaum aber auf epistemische, method(olog)ische und inhaltliche Veränderungen in Forschung und Lehre mit Genderbezug.

Diese wiederum stehen im Fokus der FGF, die der epistemischen Genderperspektive ein hohes wissenschafts- und gesellschaftstransformatives Potenzial beimisst. Die FGF leiste für die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Geschlechter in Wissenschaft und Gesellschaft einen gewinnbringenden Beitrag, so die Argumentation, die sich mit ähnlicher Stoßrichtung ebenfalls bei wissenschaftspolitischen Akteuren findet, etwa jüngst beim Wissenschaftsrat (2023, 7f.): Demnach „greift (die FGF) auf alle Bereiche des Lebens aus, in denen Menschen miteinander, aber auch mit den von ihnen gestalteten Umwelten interagieren“ und bietet „allen wissenschaftlichen Disziplinen Potenzial zu methodischer und thematischer Weiterentwicklung“.

Der Weg der FGF in das deutsche Wissenschaftssystem wurde vor allem in den 1980er- und 1990er-Jahren in einem Zusammenspiel von Akteur*innen der Frauenhochschulbewegung mit staatlicher Unterstützung gebahnt. In der Literatur wird der Stand der Institutionalisierung der FGF an deutschen Forschungseinrichtungen, etwa in Gestalt von Genderprofessuren, Studiengängen und/oder wissenschaftlichen Zentren, divergierend beurteilt: als Geschichte der Aufreißung engagierter Akteur*innen an trägen Strukturen (Bock 2002, 124) oder als Erfolgsgeschichte einer schrittweisen Durchdringung der Universitäten (Krais 2010, 25). Die faktische Bedeutung der FGF in neueren wissenschaftspolitischen Reformen wird eher skeptisch eingeschätzt.

Empirische Studien zu dieser Thematik sind seit jeher rar (jüngste Ausnahmen Kahler 2018 in Bezug auf Deutschland; Oloff/Rozwandowicz/Sackl-Sharif 2018 zum deutsch-österreichischen Vergleich), sieht man von reinen Dokumentationen und Datenbanken ab. Die für Deutschland diesbezüglich umfassendste neuere Bestandsaufnahme hat der Wissenschaftsrat (2023) im Zuge seiner Strukturbegutachtung der Geschlechterforschung vorgelegt.

Die Einführung von New Public Management in Hochschule und Forschung und die neue Governance der Wissenschaft

Seit den 1980er-Jahren greifen international umfassende wissenschaftspolitisch intendierte Transformationen von Hochschulen und Forschung um sich, die sich an den ideologischen Vorstellungen des New Public Management orientieren (Ferlie/Musselin/Andresani 2009; Lewis 2013). Mit der damit einhergehenden „Ökonomisierung des Politischen“ (Pelizzari 2001) und der „neuen Governancestrukturen“ (Schimank 2007, 121) wird marktförmiger Wettbewerb mit neuen Steuerungsmechanismen in Gestalt von Globalhaushalten, Zielvereinbarungen, leistungsorientierten Mittelvergaben, Controlling und Evaluationen in Hochschule und Forschung etabliert (Binner et al. 2013; Nickel 2011). Forschungseinrichtungen, die bis dahin eher als Institutionen, denn als Organisationen verstanden wurden, sind zur Orga-